



Hürth: Dreigestirn grüßt aus Moschee



Karneval ist traditionell ein christliches Fest. Der Begriff leitet sich vom lateinischen *carne levare* (Fleisch wegnehmen) ab und leitet die sechswöchige (fleischlose) Fastenzeit vor dem Osterfest ein. Aber wie das mit christlichen Festen so ist, verweltlichen und verwässern sie mit der Zeit und werden dann sogar für Multikultifeste geputscht. In Alt-Hürth bei Köln ließ sich jüngst das dortige Dreigestirn seine Autogrammkarten in einer Moschee anfertigen.

[Express.de](https://www.express.de) berichtet:

Dem dortigen Dreigestirn steht in dieser Session auch Allah bei: Prinz Patrick I. (Patrick Ophoven, 38), Bauer Peter (Peter Brüsseler, 66) und Jungfrau Theodora (Theo Albrecht, 44) ließen ihre Autogrammkarte, die sie an die Jecken verteilen, in einer Moschee anfertigen.

Der Prinz: „Die Moschee gehört zu Alt-Hürth wie der Brunnen, der Löhrrerhof oder die Kirche. Wir wollen alle integrieren.“

Um keine religiösen Gefühle zu verletzen, wurde vor den Aufnahmen mit Ex-Prinzessin Fusun aus Bornheim-Roisdorf ein weiterer Teppich auf den Gebets-Teppich gelegt.

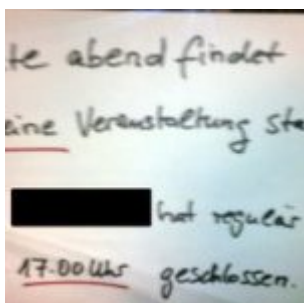
Die türkische Gemeinde fand die Aktion prima, begrüßte die Tollitäten mit Prinzenführer Uwe Kopainski (59) mit großen „Allah(f)“.

Nun soll es aber bei den Muslimen auch solche geben, die von dem fröhlichen christlichen Treiben in ihrer Moschee so überhaupt nichts halten. Man droht gar mit dem Jüngsten Gericht und ruft nach dem Zentralrat der Muslime, der die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen soll.

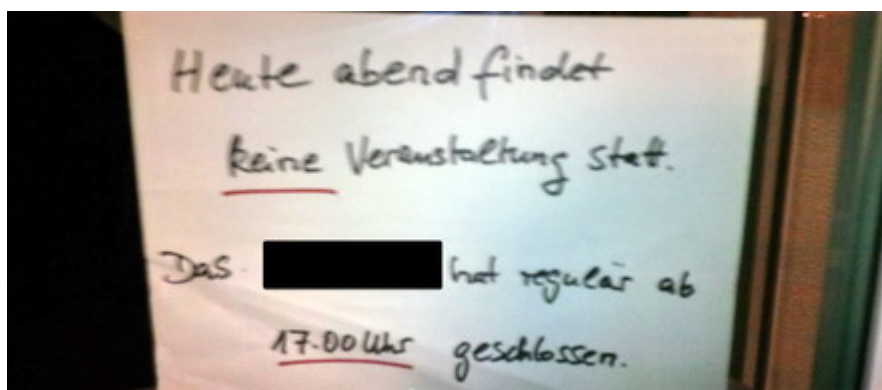
Pierre Vogel erklärt uns, warum:

Kontakt:

» Prinz Patrick I. (Patrick Ophoven): ophoven@blau-weiss-huerth.de



Aachen: Nötigung funktioniert



In Aachen gehen Linksextremisten mit zum Teil verfassungsfeindlichen Mitteln gegen demokratische Kräfte der AfD vor. Vor einigen Wochen wurde die Gründung der „Jungen Alternative Aachen“ von einer angetrunkenen Meute junger Antifanten so lange gestört, bis mehr als ein Dutzend Polizisten der engagierten Jugend der AfD zu Hilfe eilen musste.

Freundliche Gesprächsangebote und Bitten, nicht weiter zu stören, zogen nur dumpfe Parolen und Gegröle von den Linksextremisten nach sich. Die Aktion und begleitende Drohungen schüchterten die Hausherren derart ein, dass die AfD Aachen diese Räumlichkeiten nicht mehr zur Verfügung bekam.

Am Mittwoch (9. Januar) sollte der erste regelmäßige Stammtisch an einem neuen Ort stattfinden. Die Wirte waren gänzlich über ihre Gäste von der AfD aufgeklärt und gerne bereit, diese zu beherbergen. Die Antifa erfuhr über die Webpräsenz der AfD Aachen vom neuen Treffpunkt und [rief auf ihrer Propagandaseite](#) in SA-Manier zum Boykott der Veranstaltung und zur Einschüchterung und Nötigung der Gastwirte auf, ihre Gastfreundschaft zurückzuziehen. Die Taktik fruchtete (siehe Foto oben).

Den Mitgliedern und Interessierten der AfD machte dies wenig aus. Sie trafen sich dennoch vor dem Lokal und sprachen mit einem Kamerateam des niederländischen TV-Senders NOS, das sich eigens für den Stammtisch angekündigt hatte. Die

niederländischen Journalisten konnten dann aus erster Hand mitbekommen, wie weit es mit der politischen (Un)Kultur in Deutschland gekommen ist. [Hier der zehminütige NOS-Bericht](#) mit vielen interessanten 0-Tönen auf Deutsch:



Hessen: Mehrere AKP-nahe Vereine gegründet



Bereits mehrfach hat der türkische Ministerpräsident Erdoğan seine Eroberungs- und Islamisierungspläne für Europa angekündigt (mehr dazu im unteren Teil des Artikels). Seinen Worten scheinen jetzt Taten zu folgen. In Hessen ist in neun Städten die Gründung von Vereinen geplant, die Erdogans Partei AKP nahestehen, wie der [Hessische Rundfunk](#) berichtet:

Der Landtagsabgeordnete Ismail Tipi (CDU) sagte, er fürchte durch die Gründung von Vereinen der „Union Europäisch-

Türkischer Demokraten“ (UETD) in Hessen eine Polarisierung unter den hier lebenden Türken. Die meisten würden sich zuhause fühlen. „Erdogan ist für seinen polarisierenden Politikstil in der Türkei bekannt“, sagte Tipi. „Mit der Expansion treibt er einen Keil in unsere Gesellschaft.“

Die Vereine sollen nach Angaben des UETD-Landesvorsitzenden Muhsin Senol im politischen und sozialen Bereich Lobbyarbeit machen. Die UETD habe sehr gute Kontakte zur AKP-Regierung. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan möchte mittels der Neugründungen offenbar seinen Einfluss erweitern. In Kassel ist die Gründung des dortigen UETD-Ablegers bereits abgeschlossen. In Wiesbaden, Offenbach, Langen, Bad Homburg, Friedberg, Hanau, Wetzlar, Gießen und Darmstadt sind Gründungen geplant. Europaweit sollen mehr als 100 Ortsvereine gegründet werden, rund 80 davon in Deutschland.

„Deutschland Plattform für türkische Parteien“

Tipi betonte, die spaltende Wirkung der AKP-Offensive erwarte er vor allem für die im Sommer anstehenden Präsidentschaftswahlen und die Parlamentswahlen 2015 in der Türkei. Aufgrund einer Änderung des Wahlgesetzes dürfen Türken, die außerhalb der Türkei leben, erstmals ihre Stimme in türkischen Einrichtungen wie Konsulaten abgeben. Die UETD verspricht sich wohl eine bessere Mobilisation türkischer Wähler durch die ortsnahe Vereine in Deutschland.

Der designierte Landtagsabgeordnete Turgut Yüksel (SPD) sieht in der Teilnahme an den Wahlen die Ausübung eines demokratischen Grundrechts, das selbstverständlich auch für die gelte, die keinen deutschen Pass haben. Allerdings sei die Ausweitung der Aktivitäten der AKP in Hessen nicht integrationsfördernd. „Durch die Wahlen wird Deutschland zu einer Plattform für die türkischen Parteien“, sagte Yüksel. Der Wahlkampf um die Stimmen würde sich dann auf den Straßen der europäischen Städte abspielen.

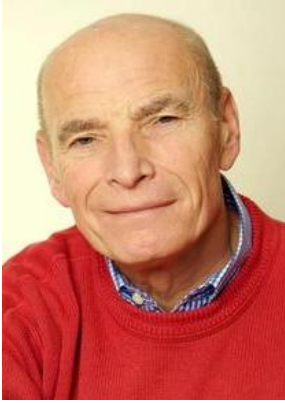
400 Zuhörer in Offenbach

Der Landesvorsitzende Senol widersprach der Einschätzung, die UETD sei der verlängerte Arm der AKP. „Wir betreiben keine Politik, wir sind nur der Vermittler. Wir vermitteln der hier lebenden türkischen Bevölkerung die Möglichkeit, dass Sie die türkischen Instanzen fragen können“, sagte Senol hr-iNFO.

Die UETD wurde 2004 in Köln gegründet. Bislang ist sie öffentlich vor allem durch die Organisation von Großveranstaltungen im Umfeld der AKP in Erscheinung getreten. Erst am vergangenen Wochenende waren Abgeordnete der AKP aus Ankara im Rahmen von UETD-Veranstaltungen in Europa unterwegs.

Im Oktober 2013 bezeichnete Erdogan das [serbische Kosovo als türkisch](#). Im Oktober 2012 kündigte er auf einem Parteitag seiner AKP an „[den Islam siegreich nach Westen führen zu wollen](#)“. Im Februar 2010 rief er auf einem von ihm veranstalteten „[Kongress für Auslandstürken](#)“ seine aus Europa eingeladenen Landsleute dazu auf „die europäische Kultur mit der türkischen zu impfen“, um diese Länder zu „türkisieren“. Vor drei Jahren besuchte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu Bosnien-Herzegowina und hielt in Sarajevo eine aufsehenerregende Rede, in der er ankündigte, „[das osmanische Reich wiederbeleben zu wollen](#)“.

Gerhard Wruck: Das System schlägt zurück



Gerhard Wruck (Foto), der stellv. Fraktionsvorsitzende der „Hannoveraner“ in hannoverschen Rat, hat auf der Internetseite der rechtskonservativen Wählergemeinschaft einen lesenswerten Kolumnentext mit dem Titel [„Das System schlägt zurück“](#) veröffentlicht. Wruck prangert darin die verlogene Art und Weise an, wie Medien und Politiker teils versuchen, die Zuwanderungsproblematik schönzureden und welchen Mitteln und Tricks man sich dabei bedient, um die Bevölkerung zu beeinflussen. Die Kolumne von Gerhard Wruck („Hannover, Deutschland und die Welt“), in der in unregelmäßigen Abständen neue Beiträge veröffentlicht werden, [findet sich auf die-hannoveraner.org](#).

Hamburg: Rote Flora gibt Pressekonferenz



Die Hamburger Krawall-Demo, die Angriffe auf die Davidwache, die

Gefahrengebiete – immer im Mittelpunkt die Rote Flora und ihre Besetzer. Sie ist Ausgangspunkt der linken Gewalt in Hamburg, gegen die nicht einmal demonstriert werden darf ([PI berichtete](#)). Jetzt hielten die linken Besetzer Hof bzw. eine Pressekonferenz. Mittendrin der Anwalt der linksextremen Szene, die sich als „Opfer eines Polizeiapparates, den es seit 1945 nicht mehr gegeben hat“, darstellten.

[Die Hamburger Morgenpost](#) schreibt in ihrem Live-Ticker:

Andreas Beuth, prominenter Anwalt der linken Szene ging mit der Polizei erneut hart ins Gericht. Er wiederholte seine Vorwürfe, dass die Polizei bewusst falsch über den zweiten Angriff auf die Davidwache berichtet habe. Der Grund ist für ihn auch klar: „Politische Interessen, etwa eine bessere Bezahlung!“

Eike Kohl vom Ermittlungsausschuss der Flora kritisierte das Gefahrengebiet stark...“Das Tragen von schwarzen Klamotten stellt im Winter keine Besonderheit dar!“ Dann legte er richtig los, sagte: „Einen Polizeiapparat wie jetzt hat es seit 1945 nicht mehr gegeben!“

Florentin Müller von „Flora bleibt unverträglich“ erklärte, dass die Rote Flora „akut bedroht“ sei und man nicht warte, „bis die Polizei vor der Tür steht“.

Unfassbar, wie sich militante Linksextremisten auf einer Pressekonferenz auch noch als Opfer hochstilisieren dürfen. Hamburg hat fertig!



Kein Blatt lügt so dummdreist wie die ZEIT



In der ZEIT vergeht keine Woche ohne drei, vier total getürkte Gutmenschen-Artikel, die vor politisch-korrektur Blödigkeit nur so strotzen, aber mit der Realität absolut nichts zu tun haben. Aktuell untersuchte ein Kretin namens Wolf Wiedmann-Schmidt (Foto), wieviele Deutsche durch angemeldete, legale Waffen zu Tode kamen. Ziel der Untersuchung natürlich: allen Deutschen die Waffen zu verbieten, nur Verbrecher dürfen sie noch haben. Dazu ließ sich dieser linke Spinner Zahlen aus ganz Deutschland kommen und stellte daraus eine Schußwaffen-Karte zusammen. [Der Beweiswert dieser Karte](#) ist aber absolut null.

27 Menschen seien letztes Jahr in Deutschland mit registrierten Schusswaffen getötet worden, den Beweis, daß dies ausgerechnet in den Kreisen mit den meisten angemeldeten Schußwaffen passierte, bleiben der Hansel und seine Karte aber schuldig, was man sieht, wenn man auf seiner Karte das Kästchen anklickt. Es gibt überhaupt keine signifikante Korrelation zwischen vielen Waffen in einem Kreis und den 27

Todesopfern, eine lächerlich kleine Zahl ohnehin, die sowieso keinen wissenschaftlichen Beweis darstellen könnte.

Entdeckt hat diesen Schwachfug [das ef-Magazin](#)! Guckt man die Leserkommentare durch, zeigt sich, daß die Hälfte der Leser noch blöder ist als die ZEIT selber! Dafür hat ein Leser eine [nicht uninteressante UNO-Statistik](#) über Morde weltweit verlinkt – Ländervergleich ab Seite 94!

Roger Köppel: Ausländer bewegen die Schweiz

Das einzige politische Thema, das derzeit in der Schweiz bewegt, sind die Ausländer. Klar ist: Niemand ist glücklich mit dem aktuellen Zustand. Alle finden die Zuwanderung von jährlich 85.000 Ausländern netto zu viel. Selbst ein Villenbewohner, der mit der SVP nichts am Hut hat, nervt sich über die Deutschen, die seinem Sohn einen sicher geglaubten Professorenposten an einer bekannten Hochschule verbauen. Das Unbehagen wächst, auch bei den gebildeten Ständen.

Die einseitige Propaganda der Wirtschaftsverbände löst Widerwillen aus. Es ist weltfremd, die Personenfreizügigkeit zum Nonplusultra hochzujubeln. Waren Bundesrat und Wirtschaftsverbände verrückt, als sie in den sechziger Jahren nach differenzierten Studien Obergrenzen der Migration bestimmten? Sind alle Skeptiker dumm, wenn sie den offiziellen Verlautbarungen misstrauen, es kämen nur Hochqualifizierte ins Land, die niemals arbeitslos werden? Zuwanderung im grossen Stil ist ein Problem. Die Leute spüren es.

Was auffällt: Die politisch korrekte Zurückhaltung nimmt ab. Freunde, die sich nie kritisch über Migration geäußert haben,

sehen Grenzen des Wachstums. Zeitungen wie der Tages-Anzeiger, die früher bei diesem Thema gemauert haben, berichten über Missstände, vermutlich deshalb, weil diese nun auch in den Quartieren sichtbar werden, wo die Journalisten wohnen. Einzig die NZZ verweigert sich naserüpfend kritischen Diagnosen. Für das Hausblatt der FDP ist alles Gift, auf dem die drei Buchstaben S, V und P draufstehen könnten...

(Fortsetzung in [der aktuellen WELTWOCHEN!](#))



Offener Brief an „Unwort“- Sprecherin Janich



Liebe Frau Janich,

und wieder wird eine prägnant-saloppe Zustandsbeschreibung zum unerwünschten Wort erklärt. Die Gründe liegen offenbar erneut darin, dass Sie auch weiterhin beabsichtigen, kritische Stimmen pauschal ins rechte Lager zu drängen.

Wie, glauben Sie, wirkt diese Entscheidung, die der weiteren Überflutung durch Migranten politisch korrekt den Weg freimachen will, auf schlecht qualifizierte, daher nahezu chancenlose Mitglieder der neuen deutschen Unterschicht (Migranten eingeschlossen), für die erwähntes Unwort eindeutig klarstellt, dass die begonnenen Verteilungskämpfe auch in Zukunft größer werden sollen und Kritik daran unerwünscht ist? Sie glauben doch nicht etwa, dass das Abwürgen Andersdenkender im Stande ist, einen leerer werdenden Kühlschrank zu füllen! Frau Janich, selbstverständlich gibt es unerwünschte Zuwanderung! Oder würden Sie etwa aus lauter Gutherzigkeit auch Neonazis aus Russland oder den USA nach Deutschland einladen, nur weil diese in Armut leben?

Derweil wird im Zuge Ihrer linksdemagogischen Agenda die Kluft zwischen politischer Korrektheit und gesundem Menschenverstand für weite Teile der Bevölkerung immer deutlicher. Die Konsequenzen einer ideologisch verblendeten Politik, zu deren allzu eilfertigen Helferin Sie sich machen, können realistischermittelt nur zu einer Zunahme von Ausländerfeindlichkeit, Armut, und daraus resultierender Gewalt bestehen. Der Hauptgrund, weshalb die schweigende Mehrheit, die mit den Problemen unkontrollierter Zuwanderung tagtäglich konfrontiert wird (ganz im Gegensatz zu Ihnen), nicht längst eine Handvoll rechter Parteien in die Parlamente wählt, besteht darin, dass eben diese Mehrheit in der Formulierung ihrer grundlegendsten Interessen von Ihnen konsequent zum Schweigen gebracht wird. Wie lange wird es Ihrer Meinung nach dauern, ehe politische Korrektheit, vehement und fast schon hysterisch der Realität übergestülpt, gegen eben diese Realität crashen wird? Kann es sein, dass Sie sich durch Ihr Engagement zur Gehilfin einer unbewusst vollzogenen Eskalationsstrategie machen?

Werden Sie bei zunehmender „Entfremdung“ nicht die Ausländerfeindlichkeit schüren, welche als Reaktion wiederum mehr „Gotteskrieger“ produziert, welche die hiesige

Bevölkerung dann zur Einrichtung „national befreiter Zonen“ nötig, die „ausländerbefreit“ sind? Und wird dies dem „Tätervolk“ nicht als „alternativlose“ Notwendigkeit erscheinen? Kann es nicht sein, dass materielle Not die von Ihnen zum Schweigen verdonnerte Mehrheit einst dazu zwingen wird, einen dann nur noch logischen Rechtsdrall zu vollziehen, um ihre Hilflosigkeit, durch Ihre blauäugigen Ansichten entstanden, ablegen zu können?

Das Boot ist keineswegs voll, es sinkt bereits seit Jahren. Karrierefrauen wie Sie bemerken davon natürlich herzlich wenig. Wann realisieren Sie, dass politische Korrektheit und Vernunft sich nicht gegenseitig ausschließen dürfen, zumindest wenn man an einer nachhaltigen Entwicklung interessiert ist, was bei Ihrer Entscheidung zum Unwort des Jahres offensichtlich nicht der Fall war. Eine faktenbezogene Auseinandersetzung zum Thema Migration, in der beispielsweise Zahlen zur Armutsentwicklung, zur Migrantengewalt etc. herangezogen worden wären, hätte Sie mit Sicherheit zu einer anderen Entscheidung führen müssen. Wie gedenken Sie beispielsweise der immens hohen Migrantengewalt Einhalt zu gebieten (in Berlin übrigens satte 77 % der Gewaltdelikte, falls es Sie interessieren sollte...), etwa indem Sie „Migrantengewalt“ zum nächsten Unwort des Jahres küren? Was wenn Teile Darmstadts (wie wäre es mit Kranichstein oder Eberstadt?) zu No-Go-Areas würden? Wird dann kurzerhand „No Go-Area“ zum Unwort erklärt? Frau Janich, da wir Ihnen leider unterstellen müssen, die Realität durch die rosarote Brille zu sehen, empfehlen wir Ihnen, von Ihrem Amt zurückzutreten. Ihre Kinder würden sich mit Sicherheit freuen, Sie von Zeit zu Zeit auch einmal zu Gesicht zu bekommen. Damit täten Sie unserer Zukunft einen weit größeren Gefallen als durch das Erfinden ideologisch eingetrübter, die Realität läugnende Sprachgebote.

Herzlich

politisch unkorrekte Studenten der TU Darmstadt

Kontakt:

» Nina Janich: janich@linglit.tu-darmstadt.de



Essen: Kriminelle Libanesisen-Clans vor Gericht



Die Mitglieder von

zwei verfeindeten libanesischen Clans, die auf deutschem Boden ihre Fehden ausgetobt haben, stehen vor dem Essener Landgericht. Acht Verhandlungstage sind geplant, und dazu werden 62 Zeugen vernommen, ein Riesenaufwand. Tatmotiv: Rache und völlig übersteigertes Ehrgefühl, das Übliche halt in diesen Kreisen.

Die [WAZ](#) berichtet:

Aufgeklärt werden sollen die Hintergründe einer Massenschlägerei zwischen den zwei libanesischen Großfamilien (...), zu der die Polizei vor anderthalb Jahren mit einem Großaufgebot nach Altendorf ausgerückt war. Zwei Brüder, Mohammed (27) und Zakaria Z. (30), stehen ab dem kommenden Donnerstag vor Gericht – wegen Sachbeschädigung, gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung.

Gegen 13.30 Uhr gehen am 1. August 2012 gleich mehrere Notrufe bei der Leitstelle der Essener Polizei ein. Etliche Beteiligte sollen auf offener Straße am Holdenweg aufeinander losgehen. Das ist aus Sicht der Staatsanwaltschaft vorher passiert: Die zwei Angeklagten Z. fahren mit einem weiteren, minderjährigen Bruder zu einer Wohnung am Schölerpad, sie treten die Tür ein, finden niemanden vor und fahren zum Holdenweg. Dort lebt in einer Wohnung die Verlobte eines der drei Brüder, Samira R.; sie entstammt einem verfeindeten Clan und hat zahlreiche Familienangehörige zu diesem Zeitpunkt um sich versammelt. Es hat offenbar einen Tipp auf bevorstehenden, ungebetenen Besuch gegeben.

Die Brüder Z. sollen dann ein Loch in die Wohnungstür geschlagen und Pfefferspray ins Innere gesprüht haben. Schließlich gehen alle Beteiligten aufeinander los. Den Brüdern soll es gelungen sein, Samira R. durch das Treppenhaus auf die Straße zu zerren, auf der die wüste Schlägerei weiter geht. Und wo schließlich einer der drei Brüder, der Angeklagte Mohammed Z., selbst zum Opfer wird: Zwei drei Zentimeter tiefe Messerstiche bekommt der heute 27-Jährige ab. Sein Leben muss durch eine Notoperation gerettet werden.

Polizei und Justiz ist Mohammed Z. durch etliche Vorstrafen bekannt. Zum Tatzeitpunkt stand er wegen einer vorherigen Verurteilung unter Bewährung. Nicht mitangeklagt ist im in der nächsten Woche startenden Prozess der jüngste, noch minderjährige Bruder. Ihn erwartet wohl noch ein separates Verfahren.

Dass es in diesem Fall überhaupt zu einem Prozess gekommen ist, wertet die Staatsanwaltschaft bereits als Erfolg, denn in der Regel halten die Sippen am Ende doch wieder zusammen. Täter wie Opfer schweigen gegenüber den Ermittlern, sind ja doch nur Kuffar, die man nicht ernst nimmt.

Keine vier Wochen nach dem Vorfall in Altendorf waren libanesisch Großfamilien Ende August 2012 erneut aneinander geraten – diesmal in Altenessen. Einen Zusammenhang zwischen den beiden Schlägereien wollte die Polizei damals weder bestätigen noch dementieren. Dafür verurteilte Oberbürgermeister Reinhard Paß kurz darauf die „Unruhen durch libanesisch Familienclans“. Der OB sagte wörtlich: „Für die Stadt Essen stelle ich klar: Kriminelle haben bei uns keinen Platz.“ Auch wenn sich die Lage kurze Zeit später beruhigte: Immer wieder lieferten sich Mitglieder diverser Clans in den Folgejahren teils blutige Auseinandersetzungen in Norden der Stadt. Die Fehde der Familien R. und Z. vom Holdenweg wird das Landgericht Essen jetzt erstmal bis mindestens Ende Februar beschäftigen.

Ja liebe Essener, das müsst ihr aushalten, denn *diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind uns willkommen, sie sind eine Bereicherung für uns alle – das habt ihr nur noch nicht mitbekommen.*

**Migrationsbericht
erschienen**

2012



Gestern wurde im Innenministerium der „Migrationsbericht 2012“ vorgestellt. Natürlich ist alles im Butter. Wir profitieren nur. Der „Migrationsbericht“ kann [von dieser Seite](#) heruntergeladen werden. Er ist 300 Seiten lang! Tabellen aller Art ab Seite 220. Es soll Ende 2012 noch 65 Millionen eingeborene Deutsche gegeben haben, der Rest habe Migrations. Und hat man in den neunziger Jahren noch die meisten Illegalen zurückgeschoben, sank diese Zahl seit 2000 kontinuierlich ab bis auf 20%!

KiKA feiert „Tahsins Beschneidungsfest“



Wie undifferenziert und folkloristisch der Islam im deutschen Kinderprogramm dargestellt wird, hat bereits [das ZDF hinreichend bewiesen](#). Da

lernten die Kleinen, dass der Islam die wirklich friedliche Religion ist. Nun erklärt der Kinderkanal des zwangsfinanzierten Staatsfernsehens, KiKA, wie freudig erregt man als kleiner Junge zu sein hat, bevor einem die Vorhaut abgeschnitten wird.

Unter dem Titel „Tahsins Beschneidungsfest“ [kündigt KiKA](#) für diesen Sonntag (19.1. um 13.30 Uhr) einen Beitrag über das moslemische ~~Verstümmelungs~~Beschneidungsritual an einem kleinen Jungen an. Und damit er sich auch wirklich später einmal daran erinnert, bestand der Vater darauf, das in einem Alter machen zu lassen, wo der Junge danach richtig traumatisiert sein kann.

Bald ist es so weit! Aufgeregt und voller Vorfreude blickt der elfjährige Tahsin auf das kommende Ereignis, das ihn und seinen kleinen Bruder Emir endlich zu Männern machen soll: Die Beschneidung.

„Wenn ich beschnitten bin, dann bin ich ein echter Mann“ – freut sich Tahsin. Jeder muslimische Junge muss beschnitten werden, so verlangt es die religiöse Tradition. Häufig geschieht das im Alter von bis zu drei Jahren. Doch Tahsins Vater wollte, dass seine Söhne diesen Schritt im Leben bewusst miterleben.

Wenn man nun bedenkt, dass im [Deutschen Tierschutzgesetz](#) steht, dass das vollständige oder teilweise Amputieren von Körperteilen eines Wirbeltieres verboten ist. Dann weiß man, dass es traurige Realität ist, dass in diesem Land einem Hund oder einer Katze mehr Schutz zuteil wird als Kindern.

Kontakt:



KiKA

Michael Stumpf (Programmgeschäftsführer)

Gothaer Straße 36

99094 Erfurt

Telefon: 0361 218-1890

Telefax: 0361 218-1848

E-Mail: kika@kika.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)



Unverschämte Lumpen bei den Lokführern



Hoffentlich schafft die Politik bald die Spartengewerkschaften ab! Das System ist klar: Erst streiken die Piloten, dann nacheinander die Flugbegleiter, das Sicherheitspersonal, die Transportarbeiter, die Tankwagenfahrer, dann die Putzfrauen und so weiter. Auf diese Weise kann man eine Firma wie die Lufthansa und deren Kunden monatelang finanziell erpressen und kaputtmachen! Besonders unverschämte Typen dieser Sorte sitzen in der Lokführergewerkschaft (GdL). Selbst dem roten SPIEGEL gehen die jetzt gewaltig gegen den Strich:

Am Mittwoch lief ein Ultimatum ab, heute will sich die GdL zu ihrer Strategie äußern. Die Zeichen deuten auf Streik – mal wieder. Diesmal geht es gar nicht um Geld oder einheitliche Standards für die rund 26.000 Lokführer in Deutschland. Für die meisten von ihnen existiert bereits ein Tarifvertrag, der ihnen 7,3 Prozent Lohnerhöhung garantiert und der noch bis Juni läuft. 7,3 prozentige Lohnerhöhungen wagen andere Gewerkschaften nicht mal zu fordern, geschweige denn, dass sie sie am Ende aushandeln.

Aber:

Doch Weselsky will mehr. Die Gewerkschaft verlangt jetzt von der Deutschen Bahn, dass sie für jeden Lokführer eine Lizenzverlust-Versicherung gegen Lohneinbußen abschließt, falls er aus Gesundheitsgründen auf eine schlechter bezahlte Stelle wechseln muss. Außerdem soll es nach dem Willen Weselskys tarifvertraglich verboten sein, dass die Bahn ihre

Lokführer an andere Einsatzorte schickt, falls sie irgendwo eine Ausschreibung verliert und den Lokführer folglich nicht mehr auf der Strecke einsetzen kann. Weselsky nennt das allen Ernstes „Landverschickung“ und tönt: „Wir sind nicht die Wanderarbeiter der Bahn.“ Offenbar hat sich der GdL-Boss noch nie damit beschäftigt, unter welchen Bedingungen sich Wanderarbeiter wirklich verdingen müssen. Und ihm ist vermutlich auch nicht klar, dass es für jeden normalen Arbeitnehmer zu den unvermeidlichen Lebensrisiken zählt, dass er möglicherweise zu krank für seinen Beruf wird oder es am bisherigen Wohnort nichts mehr für ihn zu tun gibt.

Da wird auch der SPIEGEL giftig:

Warum nur die Lohnversicherung und die Garantie, ausschließlich in der Heimat eingesetzt zu werden? Warum nicht für jeden Lokführer einen Kleinwagen, mit dem er zum Arbeitsort fahren kann? Oder stets einen vollen Kühlschrank? Was Weselsky will, ist eine Rundumabsicherung gegen jede Unbill des Lebens. So löblich es ist, beste Bedingungen für Arbeiter und Angestellte einzufordern, so wirklichkeitsfremd ist es, das Leben komplett risikofrei gestalten zu wollen.

Und was die Bahn schon alles geboten hat:

Dabei hat die Bahn in ihrem Angebot Zugeständnisse gemacht, die für andere Branchen undenkbar wären. Sie garantiert maximalen Beschäftigungsschutz bis zum Berufsende. Lokführern, die aus Gesundheitsgründen „infolge von traumatischen Ereignissen“ – also meist Selbsttötungen Dritter auf dem Gleis – ihren Beruf nicht mehr ausüben können, will die Bahn ihr gesamtes Berufsleben lang 100 Prozent des letzten Einkommens ohne Zuschläge bezahlen. Wer eine andere zumutbare Stelle innerhalb des Konzerns ablehnt, soll ihn mit einer Abfindung verlassen können. Diese sichert drei Jahre lang 80 Prozent des letzten Nettolohns. Zudem sollen alle Eisenbahner vor betriebs- und

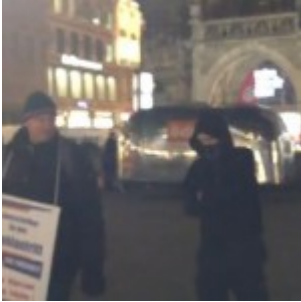
gesundheitsbedingten Kündigungen geschützt werden. Das sind keine Forderungen der GdL, das ist das Angebot der Bahn!

Aber das ist [für Claus Weselsky \(Foto oben l.\) „unzumutbar“](#). Dieser unverschämte Bahn-Erpresser und seine Anhänger gehören eigentlich vor Gericht!

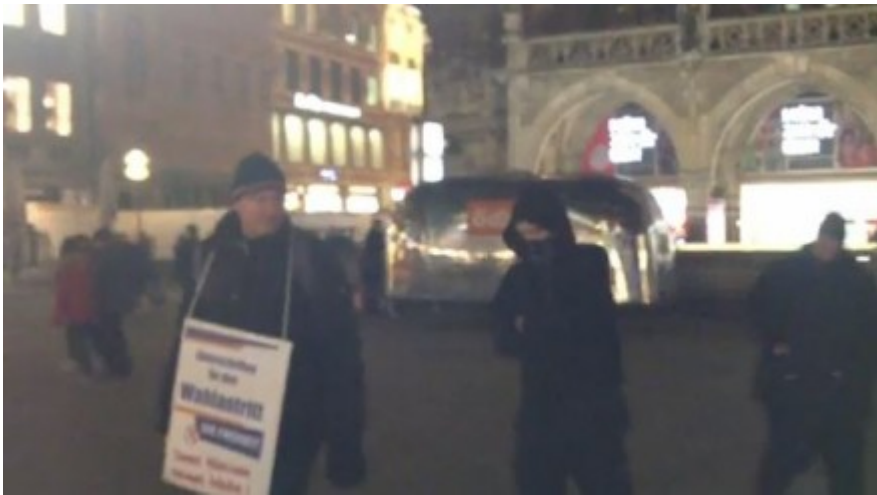
Berlin: Intensivtäter Nidal R. wieder vor Gericht



Eineinhalb Jahre nach seiner letzten Haftentlassung und gerade einmal vier Wochen nach seiner letzten Verurteilung sitzt Nidal R., Berlins wohl bekanntester Intensivtäter, wieder einmal in Moabit auf der Anklagebank. Der 32-Jährige gelangte als Jugendlicher unter dem Namen „Mahmoud“ zu trauriger Berühmtheit, beschäftigt seit seiner Strafmündigkeit mit 14 Jahren unablässig Polizei und Justiz und verbrachte bislang etwa ein Drittel seines Lebens hinter Gitter. Seit Mittwoch muss er sich erneut vor dem Landgericht verantworten, die üppige Anklage der Staatsanwaltschaft enthält einen Raubüberfall, eine gefährliche Körperverletzung, zwei Drogendelikte und knapp ein Dutzend Verkehrsstraftaten. (So [die WELT](#), aber auch [andere Zeitungen](#) berichten!)



Linksunten.indymedia: Stürzenberger stürzen!



Auf der extrem linken Internetseite „indymedia“ erschien gestern um 15:55 Uhr ein Aufruf, die Unterschriftensammler der FREIHEIT auf dem Münchner Marienplatz zu stören. Man befürchtet einen Einzug der Islam-Aufklärer in den Stadtrat und damit „sechs Jahre lang Stress“. Nach dem Motto „besser jetzt aktiv werden“ tauchten unmittelbar darauf auch schon die bekannten Sturmtruppen am Marienplatz auf: Die schwarzen Dauerstörer (Foto) um Schwergewicht Natalie Prager quakten von der Seite linksverdrehten Blödsinn wie „Das sind Rassisten, Hetzer, Rechtsradikale, Islamhasser“ in die Unterhaltungen mit Bürgern hinein.

(Von Michael Stürzenberger)

Flankiert wurde die unerträgliche Diffamiererei durch den Spiritus Rector der Szene, Tobias Bezler alias „Robert Andreasch“, der zusammen mit anderen linken Dauerfotografierern wie Felix „Ex-Nazi“ Benneckenstein und einem weiteren jungen Nachwuchs-Knipser bei fast jeder Kontaktaufnahme ihre Blitzer aufleuchten ließen, um die Bürger zu verunsichern:



Erstaunlich unaufgeregt [stellt hierbei die tz](#) DIE FREIHEIT dar, die sich zusammen mit anderen neu um den Einzug in den Stadtrat bemühen:

Die Freiheit: Der Rechtspopulist Michael Stürzenberger ist Bundesvorsitzender und OB-Kandidat der Partei. Er war 2003/04 Münchner CSU-Sprecher.

Bis zum 3. Februar 12 Uhr sind 1000 Unterstützer zu gewinnen. Es ist zu schaffen, wenn viele daran mitwirken. [Hier die Infos](#) zum Unterschreiben für den Antritt der FREIHEIT bei der Stadtratswahl.